

Vorlage-Nr.: **2732-2009/DaDi** vom 09.04.2009

Aktenzeichen: 025-006

Fachbereich: I/2 - Kreistagsbüro, E-Government

Beteiligungen: B - Kreisbeigeordneter

Kostenstelle: **203001** **Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Kreisausschuss	N	Zur Kenntnisnahme
2.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur Kenntnisnahme

Betreff: **Aufbau eines Schul-/Verwaltungsnetzes im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Kreisbeigeordneter Fleischmann berichtet, dass das Hessische Kultusministerium (HKM) im Rahmen eines Treffens der Schulträger am 2.10.2008 darüber informiert hat, dass das gegenwärtig ausschließlich für den Zugang zu einem vom HKM betriebenen E-Mail-System und der „Lehrer- und Schüler-Datenbank“ (LUSD) für die Schulverwaltung betriebene Netz neu ausgeschrieben werden muss, da der Dienstleistervertrag am 30.9.2009 ausläuft.

Der verantwortliche Staatssekretär Jacobi hat dabei insbesondere die Vorteile dargestellt, die sich für den Schulträger ergeben, wenn dieser die seitherige Anbindung in eigener Trägerschaft sicherstellt und damit durch die verbesserte Anbindung der Schulstandorte auch zu einer Lernumfeldverbesserung dahingehend beiträgt, dass schulträgerbezogene Prozesse effizienter und transparenter abgewickelt werden können.

Aus Sicht des Landkreises ist festzustellen, dass auf Grund der strikten Zugangsvoraussetzungen zum Landesnetz an allen Schulen des Landkreises zusätzlich und zumeist mehrere getrennte Zugänge zum Internet bestehen, die zusätzlich durch die vorhandenen Verwaltungsrechner angeschlossen sind.

Unbekannt, daher grundsätzlich als Risiko einzustufen, ist der Sicherheitsstandard der eingesetzten Betriebssysteme und Anwendungen sowie der zudem meist dezentral und nicht separat gesicherten Daten. Eine Vernetzung aller Schulstandorte und gemeinsame Nutzung von Ressourcen (z. B. zentral bereitgestellter, gesicherter Internetzugang oder eine einheitliche E-Mail-Lösung) bestehen nicht. Wartung, Pflege, Schulung und Anwenderunterstützung können zwangsläufig zu einem hohen Grad nur vor Ort durchgeführt werden und belasten die zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen in erheblichem Maß.

Im Rahmen des Projekts „Aufbau eines Schul-/Verwaltungsnetzes im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ sollen die aufgeführten Probleme durch die zentrale Bereitstellung einer Netzinfrastruktur sowie zentraler Dienste (E-Mail, Internet, Inventarisierung, Fernwartung, ...) adressiert und minimiert werden und die sich durch die Netzinfrastruktur bietenden Chancen mittelfristig realisiert werden. Kernelement der zentralen Dienste ist der Aufbau eines so genannten Helpdesks, der als zentrale telefonisch und elektronisch erreichbare Anlaufstelle und Ansprechpartner für alle EDV-Probleme im Bereich der Schulverwaltung fungiert und deren Behebung entweder selbst (First-Level) übernimmt oder durch Dritte koordiniert (Second-Level). Eine nach vorliegenden Erfahrungswerten zu erwartende Erstlösungsquote im First-Level-Support, also der direkten Lösung

durch den Helpdesk, von über 80 % wird damit erheblich zur Steigerung der Prozessqualität und der Anwenderzufriedenheit beitragen.

Im Projektverlauf werden obligatorisch auch Möglichkeiten, innerhalb der Kreisverwaltung vorhandene Dienste mit zu verwenden oder zu konsolidieren, betrachtet und einbezogen. Die Chancen und Risiken der Zusammenarbeit mit interessierten Städten und Gemeinden werden evaluiert und bei der Umsetzung berücksichtigt.

Nach Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung auf Basis einer durch die gebildete Projektgruppe erarbeiteten Leistungsbeschreibung des zu schaffenden Netzwerks hat der Kreisausschuss der Firma ARCOR AG & Co. KG, Eschborn, den Auftrag zum Aufbau und Betrieb des Schul-/Verwaltungsnetzes erteilt.

Die Realisierung der Schulanschlüsse erfolgt auf Basis der bekannten DSL-Technologie und stellt an den Schulstandorten gesicherte, verschlüsselte Zugänge zur LUSD, den zentralen Diensten sowie dem Internet bereit. Nach weitgehend übereinstimmender Darstellung der Anbieter sind einige der 85 angefragten Standorte als „problematisch“ einzustufen, d. h. deren tatsächliche Anbindung unterschreitet die Mindestforderung von 2 MBit/s beim Herunterladen von Daten (Downstream). Für diese Fälle stehen als Alternativen eine Anbindung mittels SDSL (höhere Reichweite der Anbindung), UMTS oder dezidiertester Festverbindung zur Verfügung.

Eine Bereitschaft der Anbieter, an diesen Standorten zur Realisierung der gewünschten Mindestbandbreite durch Investition in die eigene Infrastruktur auch insgesamt zu einer Verbesserung des Breitbandangebots beizutragen, konnte nicht festgestellt werden.

Es ist vorgesehen, den technischen Aufbau des Schul-/Verwaltungsnetzes bis zu den Sommerferien 2009 abzuschließen und sodann einen Testbetrieb an allen Standorten aufzunehmen. Parallel dazu erfolgt die Bereitstellung der zentralen Dienste im Rechenzentrum der Kreisverwaltung. Die Aufnahme des Echtbetriebs ist nach Zusage des Hessischen Kulturministeriums für den 1.10.2009 vorgesehen.